

PRESSEINFORMATION

Mannheim, Sonntag, 22. Mai 2022

Rede von Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz anlässlich des Frühjahrsempfangs der Stadt Mannheim**Es gilt das gesprochene Wort**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

meine Damen und Herren Abgeordnete des Bundestags und des Landtags, sehr geehrte Herr Berg,

liebe Bürgerinnen und Bürger Mannheims und der Metropolregion,

liebe Gäste,

ich begrüße Sie alle sehr herzlich zu unserem Frühjahrsempfang 2022, von dem ich hoffe, dass er etwas anknüpfen lässt an unsere Neujahrsempfänge, die viele zusammengeführt haben, die sich für unsere Stadt engagieren und denen das Zusammenleben und das gemeinsame Gestalten unserer Stadt am Herzen liegt.

Es gab seit dem Jahr 2000, als wir zum ersten Mal eine Veranstaltung in dieser Dimension durchgeführt haben, keine Zeit, in der dies wichtiger war.

Deshalb wollten wir nicht ein weiteres Mal auf diese so wichtigen Begegnungen verzichten und zugleich ein Datum wählen, das diese Begegnungen wieder entspannt zulässt – so wie wir wieder unserer Arbeit weitgehend im üblichen Rahmen nachgehen, unsere Stadt mit ihren Angeboten wieder genießen können. Dass wir in eine Zeit geraten könnten, in der wir noch viel größere Erschütterungen zu gewärtigen haben würden als Corona und die Suche nach Orientierung noch bedeutsamer würde, haben wir uns nicht vorstellen können. Umso wichtiger empfinde ich Ihr Kommen und unser Zusammentreffen.

Gerade jetzt ist die Selbstvergewisserung unserer Stadtgesellschaft, die in diesem großen Treffen liegt, wichtig und kann Zuversicht und Zutrauen stärken.

Herzlich darf ich unseren Gastredner Professor Christian Berg begrüßen, der zu uns zum Thema „Ist Nachhaltigkeit utopisch?“ sprechen wird. Christian Berg ist nicht nur als Physiker, Theologe und Philosoph besonders berufen zu diesem Thema zu sprechen, sondern gerade auch als Praktiker, der für die SAP Nachhaltigkeit messbar gemacht und Nachhaltigkeit in der Managemententwicklung verantwortet hat.

Sehr geehrter Professor Berg, wir freuen uns auf Ihren Vortrag.

Wir haben uns entschieden, unseren lokalen grünen Deal, die grundlegende Transformation unserer Stadt und das Thema Nachhaltigkeit in das Zentrum unseres Neujahrsempfangs zu stellen, weil sie durch die gegenwärtigen Krisen nicht weniger aktuell geworden sind. Im Gegenteil: Gerade die Krisen zwingen uns zur Kenntnis zu nehmen, dass wir die Frage, ob wir so leben, dass dies morgen und übermorgen und für unsere Kinder und Enkel noch genauso tragfähig ist, nicht mit einem Ja beantworten können.

Zu einem Ja zu kommen, verlangt uns vieles an Veränderung, neuen Initiativen, persönlichem Engagement ab. Und das Ziel können wir nur gemeinsam erreichen. Auch für dieses „gemeinsam“ steht dieser Frühjahrsempfang mit den zahlreichen Initiativen, Vereinen und Engagierten, die sich präsentieren. Und er ist eine Einladung an alle, sich einzubringen, sich ins Gespräch zu begeben.

Gerne möchte ich mich deshalb bei all denen herzlich bedanken, die mitwirken, die diesen Empfang und in so vielfältiger Weise unsere Stadt gestalten. Stellvertretend werden wir im Anschluss einige der aktiven Menschen in unserer Stadt – wie wir dies auch auf dem Neujahrsempfang getan hätten und eine gute Tradition geworden ist – hier auf der Bühne ehren.

Meine Damen und Herren, liebe Gäste,

Resilienz und Transformation sind zwei Begriffe, die unser Handeln im Wesentlichen bestimmen und das will ich heute etwas näher beleuchten. Resilienz beschreibt unsere Fähigkeit, schwierige Situationen ohne anhaltende Beeinträchtigung zu überstehen. Und mit Transformation meine ich eine beabsichtigte, grundlegende Veränderung unseres Wirtschaftens und Lebens, um unsere Zukunft zu sichern. Resilienz zu stärken und zu ihr beizutragen, ist eine Anstrengung, aber politisch weitgehend unumstritten; die Transformation dagegen wird politisch als Zumutung empfunden. Zwar erwarten viele von den öffentlichen Institutionen Schutz auch vor epochalen und großen Krisen, wenn sie präsent sind - von Corona bis zur Flutkatastrophe. Eine präventive und proaktive Politik dagegen kann froh sein, wenn sie überhaupt eine Zustimmung erreicht und ist oft Auslöser schwerer politischer und gesellschaftlicher Konflikte, die schnell die Demokratie selbst auf den Prüfstand stellen.

Aktuell sind wir von Krisen erschüttert wie seit Jahrzehnten nicht. Und einige unser Grundüberzeugungen und Sicherheiten sind in einem atemberaubenden Tempo in Frage gestellt worden. Das ist die eine Seite.

Andererseits erwiesen sich unsere Institutionen und unsere Wirtschaft insgesamt als bemerkenswert robust. Und wenn es uns gelingt, die Erfahrungen nutzbar zu machen für die Zukunft, wird uns das stärker machen.

Aus dem Blick in die Vergangenheit sollten wir Kraft schöpfen können.

Denken wir an die Finanzkrise 2008, die Weltwirtschaftskrise 2009 und die folgende Euro-Krise ab Ende 2009, die Auflösung der US-Army-Garnison 2011 mit tausenden Einwohnern weniger und einem Rückgang von Nachfrage und Arbeitsplätzen, 2015/2016 die unmittelbare Präsenz der Folgen des Kriegs in Syrien mit 16.000 geflüchteten Menschen und an Corona seit 2020.

Bemerkenswert ist, dass zwar alle diese Krisen Spuren hinterlassen haben, die Krisen aber insgesamt die Entwicklung der Stadt nicht zurückgeworfen haben. Wesentliche Eckdaten - wirtschaftlich, sozial und auch ökologisch - sind deutlich besser als 2008.

Zwar ist die Pandemie nicht überwunden, aber wir können aus heutiger Sicht mit ihr umgehen ohne wesentliche Einschränkungen unseres Lebens. Die Virusvariante Omikron, bzw. die noch ansteckendere Untervariante BA.2 dominiert das aktuelle Infektionsgeschehen. Sie verlangt sicher eine Achtsamkeit, aber es ist richtig, die Abwägung der Schutzmaßnahmen im Wesentlichen als persönliche Entscheidung zu gestalten.

In Mannheim ist es gelungen, mit großem Engagement und Anstrengung eine höhere Impfquote zu erreichen als dies nach den sozialen Lagen zu erwarten war und das gilt auch für die Eindämmung der gesundheitlichen Folgen der Pandemie.

Ohne die Netzwerke in den Stadtteilen, gute Zugänge zu Menschen, die nicht einfach über klassische Medien erreicht werden können, wäre dies nicht gelungen. Was in der Vergangenheit in Projekte wie Ankommen in Mannheim, Netzwerke wie das Bündnis für ein Zusammenleben in Vielfalt, in den Schulterschluss, in Institutionen und Projekte in Stadtteilen und in die Sicherheitsinfrastruktur investiert wurde, hat unsere Resilienz gestärkt. So waren die eigene Terminvergabe, der schnelle Aufbau von Impfzentren und die Aktionen in den Stadtteilen als eine der ersten Städte möglich. Auch die täglichen und umfassenden Informationen waren beispielgebend. Und erwähnen will ich auch die, oft im Dialog entwickelten, lokalen Hilfsmaßnahmen. Allen, die oft durchgehend zwei Jahre die Lasten getragen haben, möchte ich hier noch einmal ausdrücklich danken und dabei gerade auch die Mitarbeitenden und Leitungen von Gesundheitsamt von Feuerwehr erwähnen.

Zusammen mit agilen und klaren Maßnahmen gerade am Beginn konnten Leben gerettet und Infrastrukturen stabilisiert werden. Das ist eine der Erkenntnisse der Pandemie auch im internationalen Vergleich: Der Erfolg der Corona-Politik misst sich nicht an der Gesamtzahl der Infizierten, sondern wie stabil das Gesundheitssystem und andere Einrichtungen bleiben konnten und an der Eindämmung der Gesundheitsfolgen bei schweren Verläufen.

Wir sind in Mannheim soweit gut durch die Krise gekommen.

Dies gilt auch für den Haushalt der Stadt Mannheim. Auch durch die Hilfen von Bund und Land konnten die Haushalte 2020 und 2021 stabilisiert werden und selbst in dieser Krise

mit positiven Ergebnissen abschließen. Im Jahr 2021 flossen 180 Mio. € aus dem Investitionshaushalt ab – so viel wie selten zuvor und weiterhin ohne Neuverschuldung. Das ist auch in diesem Jahr vorgesehen.

Damit verbinden sich gerade derzeit auch erhebliche Belastungen, weil zahlreiche dringend notwendige Investitionen in die verkehrliche Infrastruktur erfolgen, die 2023 abgeschlossen sein sollen, wenn zahlreiche Gäste unsere Stadt besuchen.

Auch die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in unserer Stadt war insgesamt stabil. 2021 konnten wir bei der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wieder den Höchststand mit fast 192.000 Beschäftigten erreichen, trotz einiger deutlich negativ betroffener Bereiche. Die Arbeitslosigkeit ist mit aktuell 6,6 % zwar noch höher als vor der Pandemie. Andererseits erleben wir in nahezu allen Bereichen, dass uns qualifizierte Fachkräfte fehlen.

Von entscheidender Bedeutung für die Frage, ob wir die anstehenden Herausforderungen bewältigen, wird dabei sein, ob wir in den gewerblich-technischen Bereichen mehr junge Menschen überzeugen, eine Ausbildung zu machen. Aber auch in Erziehung, Betreuung, Pflege und Verwaltung sind die Bedarfe enorm.

Eines ist in all diesen Krisen damit deutlich geworden: Unserer Gesellschaft geht wahrlich nicht die Arbeit aus. Darin liegt – bei allen Herausforderungen – auch eine Chance für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Zukunft.

Die bislang gute Entwicklung basiert nicht zuletzt auf dem Zutrauen in den Standort seitens der Industrie und großer Dienstleister. Dieses ist ungebrochen und das zeigt sich nicht nur in Umfragen, sondern in Investitionen.

Der Neubau für ABB für dann 1.200 Beschäftigte nähert sich dem Richtfest. Hitachi hat sich 2021 für einen Neubau für 700 Beschäftigte entschieden, Roche investiert 250 Mio.€, davon über 100 Mio.€ in neue Produktionsstätten, John Deere investiert für eine Lackieranlage und die Produktion einer neuen Baureihe, die SV Versicherung ist gerade mit 600 Beschäftigten ins Glücksteinquartier gezogen und FUCHS PETROLUB erweitert seinen Standort und errichtet ein neues Verwaltungsgebäude. Der bundesweit zu beobachtende Wandel in der Innenstadt führte in Mannheim nicht zu Leerständen, sondern zu neuen Investitionen.

2021 ist die Zahl der Unternehmen und der Gründungen in unserer Stadt gestiegen, der Anteil der Hochschulabsolventen an der Gesamtzahl der Beschäftigten weiter gewachsen.

Und wir haben weiter an der Verbreiterung unserer wirtschaftlichen Basis gearbeitet. Denn sie ist wesentlicher Stabilitätsanker. Mit der europäischen Union haben wir 2021 nicht nur eine Konferenz zur Sozialwirtschaft durchgeführt. Hier fördern wir als Stadt Unternehmen, deren Hauptzweck nicht die Gewinnerzielung, sondern die Stärkung des Gemeinwohls ist.

Den Aufbau eines GreenTech Zentrums verfolgen wir weiter. Und Meilensteine haben wir in der Gesundheitswirtschaft als wirtschaftlich nachhaltiges Wachstumsfeld. Vorletzte Woche haben wir einen weiteren Bauabschnitt auf dem Mannheim Medical Technology Campus eingeweiht. Unternehmen und Start-Ups entwickeln dort Innovationen gemeinsam mit Experten aus Klinik, Universität und Hochschule. Das DKFZ Hector Krebsinstitut hat gerade angekündigt, dass es mithilfe der Hector-Stiftung deutlich ausgebaut wird.

Der vom Land jetzt angebotene Klinikverbund anerkennt die große Bedeutung unseres Universitätsklinikums auch für Wissenschaft und Forschung und unterstreicht die wirtschaftlichen Chancen für die Region und ganz Baden-Württemberg. Und übrigens war das Universitätsklinikum ein zentraler Faktor für die erfolgreiche Bekämpfung der Pandemie und die Aufrechterhaltung einer Gesundheitsversorgung vor Ort. Eine Schwächung dort hätte weniger Resilienz bedeutet.

Das alles ist insgesamt ein bemerkenswerter Stand nach zwei Jahren Krise.

Es kann und darf uns Mut machen, auch wenn wir jetzt vor weiteren, akuten und großen Herausforderungen durch die Folgen des Kriegs in der Ukraine und die Corona-Lage in China stehen.

Bislang ist auch die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine insbesondere durch ein bemerkenswertes Engagement vieler Menschen gelungen, ohne dass wir Menschen in Hallen unterbringen mussten. Unsere innerhalb kürzester Zeit eingerichteten zentralen Aufnahmeeinrichtungen - Jugendherberge und jetzt Thomashaus - dienen bislang nicht der längerfristigen Aufnahme. Durch von uns angemietete Heime und Hotels sowie erste möblierte Wohnungen, aber auch viele private Gastgeber ist eine anschließende Unterbringung möglich gewesen.

Wenige Tage nach Ausbruch des Krieges haben wir eine Task Force eingerichtet, die nicht nur die Infrastruktur organisiert, und die Verwaltung koordiniert, sondern auch die Kommunikation mit Dritten und Einbindung der vielen Engagierten erleichtert. Viele Menschen, die Ukrainisch oder Russisch sprechen, helfen direkt vor Ort, die zwangsläufige Bürokratie zu bewältigen. Aktuell halten sich mehr als 3.200 registrierte Geflüchtete aus der Ukraine in Mannheim auf.

Jeden Tag kommen 20 bis 40 Menschen in Mannheim an. Das würde, wenn sich die Lage nicht verändert, bis zum Ende des Jahres eine weitere hohe vierstellige Zahl an Geflüchteten bedeuten.

Damit verbinden sich Herausforderungen für Wohnraum, für Kitaplätze, für Schulen und für die Arbeitsvermittlung, aber auch für Nachbarschaften, für Ehrenamt, für bürgerschaftliches Engagement. Das ist eine Herausforderung und in Teilen auch eine Überforderung für In-

stitutionen und Einzelne. Absehbar ist, dass wir manches an festgelegten, uns vorgegebenen Standards hinterfragen müssen. Vieles geht nicht wünschenswert schnell. Zudem müssen wir lernen, mit Begrenzungen umzugehen und dabei nicht wechselseitig Vertrauen zu verlieren. Angesichts des überaus eindrucksvollen Engagements bin ich überzeugt, dass wir auch diese Krise meistern werden.

Zu diesem Meistern gehört auch die Unterstützung der Städte, die noch viel mehr Menschen aufnehmen als wir. Unsere Partnerstädte Czernowitz, Chisinau und Bydgoszcz. Hier gehören wir zu den Städten, die besonders aktiv sind und durchgesetzt haben, dass uns direkte Hilfe auch ermöglicht wird. Auch hier zeigt sich, wie wichtig in den letzten Jahren aufgebaute Strukturen, Erfahrungen und Vertrauensbeziehungen sind, Mannheim hilft ohne Grenzen e.V. und unsere Erfahrungen mit internationalen Projekten, wie zum Beispiel für syrische Geflüchtete in Kilis, sind jetzt die Basis, solche Hilfe auch wirksam organisieren zu können. Auch das ist Resilienz.

Was in den letzten drei Monaten von allen Seiten an Hilfe in Mannheim und in den Partnerstädten geleistet wurde, ist bemerkenswert. Es ist so eindrucksvoll wie berührend, so viele Menschen zu sehen, die sich umfassend und vielfältig engagieren, oftmals ihre eigenen Bedürfnisse gänzlich hintanstellen. Wir dürfen gemeinsam allen Engagierten ganz herzlich danken. Und mit Blick auf dieses Engagement, denke ich, dürfen wir auch etwas stolz sein auf unsere Stadt.

Resilienz zu stärken, bedeutet auch, die jeweiligen Krisen verstehen und versuchen aus ihnen zu lernen. Das gilt für uns als Stadt, aber natürlich auch für unser Land.

In den Hochphasen der Corona-Krise hatte sich ganz selbstverständlich ein Handeln und Entscheiden auch auf Bundes- und Landesebene eingestellt, das nach meiner festen Überzeugung grundsätzlich unser Handeln und Entscheiden bestimmen sollte. Und es wäre schade, wenn wir dies nicht nutzen würden. Es ist die Orientierung an belegbaren Ergebnissen und die Bereitschaft zur Anpassung der Maßnahmen bei Misserfolg oder neuen Sachlagen. Dieses agile und reflektierte Handeln verlangt viel Kommunikation. Es ist jedoch der richtige Weg. Es ist nicht zu verwechseln mit kurzfristiger Regeländerung, obwohl sich weder Erkenntnisse noch die Lage geändert haben. Letzteres erscheint sprunghaft und untergräbt Vertrauen.

Auch haben Bund und Land – zumindest phasenweise - in unvergleichlicher Weise auf Kommunen gehört, sie einbezogen. Die Bedeutung der kommunalen Ebene für den Erfolg war allen offensichtlich. Auch das kann und müsste nahtlos auf die anderen großen Herausforderungen übertragen werden: Die großen Veränderungen werden ohne die Städte nicht organisiert werden können. Ihre Bedeutung ist mit jeder Krise gewachsen. Das gilt auf den zweiten Blick selbst dort, wo die nationale und nationalistische Politik zu dominieren scheint: Weder die Demokratisierung noch der Widerstand in der Ukraine wäre ohne die Entwicklung einer starken und selbstbewussten kommunalen Selbstverwaltung denkbar

und für den Wiederaufbau hat die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen schon jetzt die Einbeziehung der europäischen Kommunen angekündigt. Dennoch ist es noch ein weiter Weg, bis Kommunen als gleichberechtigte Partner gesehen werden. Dafür setzen wir uns mit anderen und sehr sichtbar ein, gerade jetzt – während der deutschen G7-Präsidentschaft. Ein kommunaler sogenannter U7-Gipfel, der genau diese Forderungen stellte, wurde mit aus Mannheim heraus organisiert und ich hoffe, dass dies bei den Beschlüssen der Staats- und Regierungschefs auf dem Treffen in Elmau in einem Monat einen Niederschlag finden wird.

Dass neue Sachlagen fundamental unsere Sicht verändern können, erleben wir mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine. Die von Bundeskanzler Scholz so benannte Zeitenwende ist schon sprichwörtlich geworden. Diese Zeitenwende aber präzise zu definieren ist jetzt von größter Bedeutung.

Wir sind mit einem Denken und Handeln konfrontiert, das nicht nur zurückreicht in die Zeit von Großmächten des 19. Jahrhunderts, sondern einer völkisch-nationalistischen Ideologie. Sollte Russland militärisch das Ziel erreichen, die Staatlichkeit der Ukraine zu beseitigen, dann sind die Folgen unkalkulierbar und die Kriegsgefahr weitet sich sogar noch aus. Dass sich eine solche Ideologie Bahn brechen könnte und das Handeln des größten europäischen Landes mit der größten Armee bestimmt, schien undenkbar. Nun müssen wir jedoch die Konsequenzen ziehen. Die Bedrohung in Europa haben wir nicht mehr gesehen oder sehen wollen – mit Konsequenzen für die Bundeswehr. Und wir haben es uns mit dem Gedanken einer Frieden sichernden, wechselseitigen wirtschaftlichen und energiepolitischen Abhängigkeit viel zu einfach gemacht und uns strategisch geschwächt. Und wir haben Aleppo und Grosny verdrängt und relativiert, jedenfalls nicht so an uns herangelassen, wie es richtig gewesen wäre.

Ins Grübeln kommt man aber, wenn ganz selbstverständlich davon ausgegangen wird, dass ein Nato-Beitritt der Ukraine 2008 uns vor Krieg und Eskalation bewahrt hätten und jegliche Politik von Verständigung und Ausgleich als Schwäche und Fehler gebrandmarkt wird. Die Unterstützung mit Waffen ist bittere Notwendigkeit. Und diese ist besonders bitter, wenn zugleich Sanktionen nicht voll eingesetzt werden können. Dass die Ausschöpfung aller nicht-militärischen Mittel Priorität haben sollte, sollte immer präsent bleiben. Und: Die emotionale Distanz zum militär-politischen Denken ist eine Errungenschaft und keine Schwäche. Oder um es mit der Überschrift einer 500 Jahr alten Schrift von Erasmus von Rotterdam zu sagen: dulce bellum inexpertis – süß scheint der Krieg den Unerfahrenen.

Wir müssen uns leider auf eine lang andauernde Kriegs- und Konfliktsituation einstellen. Putins Russland setzt darauf, dass die Demokratien des Westens das weniger aushalten können als sein, nun im Totalitären angekommenes System. Die wirtschaftlichen Folgen und die Anstrengungen zur Aufnahme der Geflüchteten sind damit nicht nur eine Frage der Solidarität, sie sind ein Preis der Freiheit. Das müssen wir im Bewusstsein halten – genauso wie die Tatsache, dass der Angriff auf die Demokratie nicht nur militärisch erfolgt. Seine

nicht-militärischen Erfolge sind größer. Die Zustimmungswerte für seine demokratischen Gegner massiv zu schwächen, ist ein Ziel, dessen Bedeutung erst jetzt klar wird. Die Unterminderung des demokratischen Diskurses und die Stärkung populistischer Bewegungen haben wir unterschätzt und viel zu lang hingenommen. Eine der Meldungen des Jahres 2021 lautete: Die einflussreichste Quelle der Querdenken-Bewegung ist Russia Today.

Das deutsche Konzept der wehrhaften Demokratie gibt uns das Recht und die Mittel, uns gegen diese gezielten Angriffe zur Wehr zu setzen. Ich halte es für zwingend, dass wir dies endlich konsequent tun und hoffentlich auch international Partner gewinnen.

Zur Verteidigung der Demokratie gehört aber auch ein Bewusstsein ihres Werts und ihrer Verletzlichkeit. Öffentliche Institutionen müssen sich rechtfertigen und sie müssen sich der Kritik stellen. Das schwächt sie nicht, sondern stärkt sie. Allerdings dürfen auch pauschale Angriffe und ein öffentlich geäußertes genereller Vertrauensentzug nicht einfach unhinterfragt bleiben.

Der Tod eines psychisch beeinträchtigten Menschen, der im Rahmen eines Polizeieinsatzes am Marktplatz zu Tode kam, hat uns alle erschüttert. Unsere Gedanken sind insbesondere bei den Hinterbliebenen, die mit dem Verlust eines besonders schutzbedürftigen Familienmitglieds umgehen müssen.

Die umfassende Aufklärung und Einordnung durch die dazu in unserem Staat berufenen Instanzen ist wichtig, da das Vertrauen in Polizei und Justiz fundamentale Eckpfeiler in einer Demokratie sind.

Vertrauen basiert auf Erfahrung und Möglichkeiten der Kommunikation. In einem solchen Moment wird deutlich, wo es stabile Brücken gibt und wo neue Brücken für die Zukunft gebaut werden müssen. Um gerade bei jüngeren Menschen mehr Vertrauen in den Staat, in die Stadtverwaltung wie auch in die Polizei aufzubauen, werden wir gezielt den Dialog suchen.

Ein offensiver Umgang mit Krisen und Unsicherheiten ist die Basis, um sich für die Zukunft besser zu rüsten. Das gilt hier in der Frage des Vertrauens und Zusammenlebens. Und es gilt für Umbrüche. Offensiv sind wir mit der großen Herausforderung, die sich mit dem Abzug der Amerikaner verband, umgegangen. Wir haben diese zunächst als Krise empfundene Situation genutzt, grundlegende Veränderung, die Transformation der Stadt anzustoßen und zu beschleunigen:

Der Abzug der US-Streitkräfte am 31. Mai 2011 hat der Stadt bis jetzt 300 Hektar vormalige Militärfäche als Raum für Entwicklung gegeben. Raum für Ideen, die wir gemeinsam mit der Stadtgesellschaft entwickelt haben und die wir rasch und entschieden umgesetzt haben. Aus heutiger Sicht wissen wir noch mehr zu schätzen, welche einmalige Chance in dieser „Friedensdividende“ lag. Und wir können sagen, dass wir diese Chance schnell und

entschieden genutzt haben. Über 90 Hektar Grün wurden gewonnen, allein auf Spinelli zwei Drittel des Areals entsiegelt. Heute dringend benötigter Wohnraum ist entstanden. Fast 6.000 Menschen und viele Unternehmen haben auf der Konversion schon eine neue Heimat gefunden. Neue Wohn- und Energiekonzepte sind umgesetzt, genossenschaftliches und gemeinschaftliches Wohnen erfährt eine Renaissance und Bauen mit Holz ist in kürzester Zeit Realität geworden.

Die Bundesgartenschau als Stadtentwicklungsprojekt war ein Hebel, der den neuen Grünzug und ein ökologisch und sozial nachhaltiges Weiterbauen der Stadt ermöglicht. Auf Spinelli versuchen wir die verschiedenen Anforderungen an Wohnen und Städtebau im 21. Jahrhundert zusammenzuführen: unterschiedliche Wohnformen und Preise, verschiedene Alters- und Bevölkerungsgruppen, ökologisches Bauen und Betreiben, ein lebendiges Quartier, das Begegnung erleichtert, mit urbaner Dichte und dennoch besonderer Qualität auch im Kleinklima.

Wir stehen nun weniger als ein Jahr vor Beginn der Bundesgartenschau 2023, die unsere Stadt auf vielfältige Art beeinflussen, prägen und verändern wird. Sie wird Maßstäbe setzen. Mit über 100 Hektar Fläche wird die BUGA 23 nicht nur eine der größten Bundesgartenschauen. Sie wird – und das ist neu in der Geschichte – ein Experimentierfeld für innovative Ideen und Forschungsansätze zu den vier Leitthemen Klima, Umwelt, Energie und Nahrungssicherung sein. Und sie wird auch eine große Kulturveranstaltung sein, die beispielhaft zeigt, wie Kunst und Kultur wichtige Treiber der Veränderung sind.

Der Grünzug Nordost wird 2023 als durchgehend grünes Band inmitten einer Großstadt erlebbar sein und macht Mannheim nachhaltiger und lebenswerter.

Und dass Mannheim sich auf die BUGA freut, belegen die mehr als 5.000 verkauften Dauerkarten in den ersten vier Wochen.

Mannheim nimmt die Aufgabe der Transformation ernst und geht konsequent Schritt für Schritt und wir sehen, wie sehr wir unsere Anstrengungen verstärken müssen. Ein Meilenstein war sicher die Übertragung der 17 Nachhaltigkeitsziele der UN auf unsere Stadt und die Formulierung eines eigenen Leitbilds Mannheim 2030 mit konkreten Zielen für Mannheim.

2020 haben wir das europäische Treffen der nachhaltigen Städte in Mannheim mit einer Mannheimer Botschaft abgeschlossen. Viele Städte verpflichteten sich, den EU-Green Deal auf Ebene ihrer Stadt umzusetzen, einen Local Green Deal zu entwerfen. Dieser neue, integrative Ansatz für eine nachhaltige, klimaneutrale Stadtentwicklung setzt auf konkrete Aktionen in der Stadt. Als Gastgeberstadt gehen wir als europäische Pilotstadt voran. Dabei haben wir als Motto „!-DEAL für Mannheim“ und starten heute die Kampagne dazu. Und tatsächlich können alle etwas tun, und sei es nur ein Angebot für Insekten auf dem eigenen Balkon.

Es geht darum, gemeinsam zu schaffen, was für Mannheim ideal ist und was der ideale Beitrag von jedem und jeder für ein nachhaltigeres Mannheim sein kann. Denn „ideal“ kann man auch als „I deal“ lesen. „Ich gebe und leiste meinen Beitrag“. Das gemeinsame Ziel ist: spürbar mehr Lebensqualität in einer klimaneutralen, nachhaltigen und integrativen Stadt. Und das nicht erst irgendwann, sondern möglichst schon bis 2030.

Im Rahmen des lokalen grünen Deals geht es nicht nur um ambitioniertere Klimaschutzziele und die Versorgung mit sauberer, erschwinglicher und sicherer Energie. Denn dies kann nicht erreicht werden ohne eine kreislauforientierte Wirtschaft, ohne faire, gesunde und umweltfreundliche Lebensmittel sowie ohne energie- und ressourcenschonendes Bauen und Wohnen. Es stellt sich die Frage nach einer nachhaltigen und intelligenten Fortentwicklung unserer Mobilität. Und es geht nicht ohne die Stärkung der Ökosysteme und Biodiversität sowie eine schadstofffreie Umwelt. Und das Ganze kann nicht gelingen ohne sozialen Zusammenhalt, soziale Gerechtigkeit und Innovation.

Das ist sehr ambitioniert. Und wir werden dazu die Unterstützung der Europäischen Union, des Bundes und Baden-Württembergs benötigen.

Dafür sind die Voraussetzungen besser geworden. Denn wir sind Teil der EU-Mission „100 Climate Neutral Cities“, mit der 100 Städte gesondert dabei unterstützt werden sollen, bis zum Jahr 2030 klimaneutral zu werden. Ich bin dem Gemeinderat dankbar, dass wir uns diesem Wettbewerb stellen konnten und allen Mitarbeitenden an dieser Bewerbung. Dass unser internationales Engagement als Stadt kein Selbstzweck ist, wird damit besonders deutlich. Sogenannte Climate City Contracts, Klimastadtverträge, die die Stadt mit den lokalen Akteuren und mit der regionalen sowie nationalen Ebene schließt, sollen dann den Plan in die konkreten Aktivitäten überführen und die Unterstützung sichern. Wir sollen zudem erleichterten Zugang zu EU-Fördermitteln erhalten.

Und die Herausforderung ist gewaltig. Wir wollen als Industriestadt zeigen, dass Transformation hin zu einer klimagerechten Produktion und Dienstleistung sowie die Weiterentwicklung und Erhalt der Arbeitsplätze kein Widerspruch sind. Wenn uns das gelingt, mache ich mir um den sozialen Zusammenhalt auf diesem Wege keine Sorgen.

Dies haben wir mit unserer Initiative Industriestandort Mannheim aufgegriffen. Sie umfasst die zwölf größten industriellen Arbeitgeber, den Hafen, Arbeitsagentur, IHK und Gewerkschaften. Es geht darum, gemeinsam und beschleunigt die Herausforderungen anzugehen.

Schon jetzt sehen wir die Chancen der Transformation, z.B. bei Daimler Truck die Produktion von batterie-elektrischen Antriebskomponenten und ein Innovationslabor und eine Pilotanlage für die Produktion von Batteriezellen, bei Essity die Zellstoffproduktion aus Weizenstroh.

Unternehmensübergreifende Projekte zu Themen wie digitale Produktionsprozesse, Kreislaufwirtschaft, standortnahe Energieversorgung und vor allem auch die Fortbildungsbedarfe und Zukunftsperspektiven für Beschäftigte sollen mit konkreten Vorhaben angegangen werden und nach und dann auch mittlere und kleine Unternehmen erreichen.

Diese aktive Gestaltung der Modernisierung, auch im Dialog und mit der Arbeitnehmerseite, den Betriebsräten und den Gewerkschaften, ist ein Erfolgsfaktor, gerade weil die Herausforderungen besonders groß sind. Dafür danke ich allen Beteiligten.

Diesen Ansatz wollen wir auch für die Fortentwicklung unserer Innenstadt und der Stadtteilzentren anwenden. Mit einem Zuschuss des Bundes von 3,5 Mio. Euro starten wir das Projekt Futurraum, das mit Handel, Bewohnerschaft, Gastronomie, Kultur und Gewerbe ein gemeinsames Verständnis und konkrete Beiträge entwickeln soll, wie der spürbare Wandel positiv gestaltet werden kann.

Aber klar ist auch: Die Transformation ist ohne Beispiel, weil sich Umgestaltungen dieser Dimension bisher als Folge technisch-ökonomischer Entwicklungen gezeigt haben und nicht als absichtsvoller politischer Prozess.

Es ist also ein selbst gesetztes Ziel, auch wenn wir wissen, dass es keine sinnvolle Alternative gibt.

Wir sind längst direkt betroffen. Deutschland hat schon Wasserreservoirs in der Größe des Bodensees verloren, es drohen langjährige Dürreperioden.

Die Zahl der alarmierenden Meldungen nimmt zu. Die 1,5 Grad Erderwärmung soll bereits 2026 erreicht sein.

Trotz allem scheinen wir keinen Konsens dazu zu haben, dass grundlegende Änderungen vorzunehmen sind.

Zu groß scheinen die Opfer und die Bedrohung nach wie vor, zu fern und abstrakt. Es könnte aber auch sein, dass alle die unbedingte Notwendigkeit spüren, aber darauf nur unterschiedlich reagieren - die einen mit offenen Armen, andere gerade deshalb mit Skepsis oder gar Wut und Ablehnung.

Dann läge die gesellschaftliche Spaltung darin, dass es nicht am tiefliegenden Wissen um die Unausweichlichkeit dieses grundlegenden Wandels unserer Lebensweise fehlt, sondern dass einige ihren Lebensstil bestätigt und andere ihren Lebensstil angegriffen sehen. Andere haben schlicht die Sorge, dass sie sich Nachhaltigkeit persönlich nicht leisten können.

Aus dieser Lebensstil-Diskussion müssen wir raus. Und dies setzt voraus, dass die Lasten der Veränderung von allen getragen werden können.

Dafür sind wir nicht ausreichend vorbereitet. Es ist kein Zufall, dass die skandinavischen Länder nicht nur schon jetzt einen deutlich geringeren CO₂-Ausstoß haben, sondern auch eine sozial ausgewogenere Entwicklung. Beides gehört zusammen.

Tatsächlich ist vor allem in den ersten Nachkriegsjahrzehnten eine Entwicklung zu mehr Gleichheit eingetreten. Das, was wir als Normalfall der sozialen Marktwirtschaft und auf Dauer gesichert gesehen haben, hat sich als Sonderfall gezeigt. Heute sind weltweit die Einkommensverteilung und der Anteil des Welthandels ungefähr wieder da, wo sie vor dem ersten Weltkrieg waren.

Die Ungleichheit in Deutschland ist in den letzten 30 Jahren nach internationalen Vergleichen besonders stark gewachsen. Eine deutliche Stärkung der Realeinkommen des unteren Einkommensdrittels wäre dabei nicht nur eine Gerechtigkeitsfrage. Sie wäre auch volkswirtschaftlich sinnvoll, weil nach Feststellungen der OECD bei zu großer Ungleichheit die soziale Mobilität und die Bildungsanstrengungen abnehmen – zum Schaden aller. Ein sozialer Ausgleich wäre vor allem die Voraussetzung, um die notwendige ökologische Transformation politisch überhaupt zu ermöglichen. Die französische Präsidentschaftswahl hat diesen Zusammenhang bedrückend klar gezeigt.

Und klar ist auch, dass die notwendigen Investitionen nicht von der privaten Seite allein und von den Kommunen getragen werden können. Der Umbau der Infrastruktur braucht Investitionen in historischer Dimension. Dazu fehlt derzeit nicht nur das politische Konzept, es fehlt sogar eine Debatte darüber. Aussagen über reduzierte Haushalte aufgrund der Kriegsfolgen bleiben unkommentiert. Nahezu gleichzeitig erklärt der Finanzvorstand von BP, Murray Auchincloss, dieser Tage, dass es möglich sei, dass sie mehr Geld einnehmen würden als sie wüssten, was sie damit tun können.

Beides – sozialer Ausgleich und die Frage der Finanzierung - sind Fragen der europäischen und der nationalen Politik, auch wenn wir lokal mit sozialer Quartierspolitik, Beschäftigungsförderung und vor allem dem Erwerb von Häusern und der 30%-Quote für bezahlbaren Wohnraum wichtige Beiträge leisten.

Etwas Drittes aber können wir alle tun: Uns vergegenwärtigen, dass es bei der Transformation nicht um schlechteres, sondern um ein besseres Leben geht.

Es geht um Lebensqualität, die nicht allein an einer bestimmten Art materiellen Wohlstands hängt. Schauen wir uns die letzten 20 Jahre an. Haben wir nicht auch Lebensqualitäten verloren?

Am Ende werden sich wohl nur wenige Menschen dagegen sträuben, wenn ihnen keine Produkte mehr angeboten würden, die auf Kosten anderer Menschen, des Tierwohls oder der Natur erzeugt wurden. Emotional aufgeladen sind dagegen alle Fragen der Energieerzeugung, die in der eigenen Nachbarschaft spielen könnten und vor allem der Verkehr. Dabei müssen wir Mobilität ändern und es ist gerade in der Pandemie sehr deutlich geworden, dass die Anforderungen an die Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raums gestiegen sind und alle Städte, die zukunftsfähig sein wollen, darauf reagieren müssen.

Auf der Rheinau, dem Waldhof, in Käfertal, der Neckarstadt und Friedrichsfeld werden allein in diesem Jahr zahlreiche neu gestaltete öffentliche Räume eingeweiht.

Auch beim Verkehrsversuch geht es nicht darum, die Menschen, die auf das Auto angewiesen bleiben, vom Besuch der Stadt abzuhalten. Der bloße Durchgangsverkehr muss aber verhindert, der Parksuchverkehr gemindert und der Raum für Menschen ausgeweitet werden, wenn wir – auch als Einzelhandelsstandort – zukunftsfähig sein wollen. Alle erfolgreichen Einkaufszentren gehen diesen Weg, nicht nur aus ökologischen Gründen. Setzen wir gemeinsam diese Botschaft.

In meinem Beitrag im Mannheimer Morgen zu einem positiven Zukunftsbild für unsere Stadt habe ich bewusst Qualitäten angesprochen, die wir verloren haben und schrieb dabei auch von mehr Platz zum Flanieren und Verweilen. Das löste eine interessante Reaktion aus. So erhielt ich eine Zuschrift, die das als visionslos, rückwärtsgewandt und fortschrittsfeindlich wahrnahm und das insbesondere am Wort Flanieren festgemacht hat. Und in der Tat lässt sich an diesem Wort und dieser Tätigkeit, dem zweckfreien Schauen und Streifen durch die Stadt, die Debatte der letzten fast 200 Jahre, wie wir Städte sehen, sie selbst und unser Leben darin gestalten wollen, beschreiben.

Das Flanieren kommt ja überhaupt erst mit dem großstädtischen Leben als Begriff auf. Ein Beobachten der Masse aus der Masse. Von Charles Baudelaire bis Georg Simmel und Walter Benjamin haben sich Literaten und Soziologen mit ihm befasst.

Mit der Geschwindigkeit, der Funktionstrennung in der Stadt, verschwindet der Begriff, weil er tatsächlich nicht mehr in die Zeit passt. Das Gehen wird zum Ausdruck des Mangels an anderen Fortbewegungsmöglichkeiten und so werden Städte auch gestaltet.

Theodor Adorno hält das schon 1951 in seinen *Minima Moralia* für wohl unwiederbringlich verloren. Er sah das Flanieren mit dem liberalen oder modernen Zeitalter vergehen, selbst dort, wo nicht Auto gefahren wird. Dabei sah er dies als Verlust und nicht als Fortschritt: Menschenwürde habe auf dem Recht zum Gehen bestanden, einem Rhythmus, der nicht vom Schrecken bestimmt sei, wie es beim Rennen der Fall sei.

Doch das Gehen kommt zurück. Das Zukunftsinstitut Frankfurt schreibt über den „wiederentdeckten Flaneur“, Ausstellungen werden dem Flanieren gewidmet und zahlreiche Artikel. Das ist kein Wunder, wir merken, dass das Immer-schneller wie das Immer-mehr uns nicht gerecht werden. Wir können aus dem Vergangenen, dem Gehen einen Fortschritt machen - für die Umwelt, für unsere Gesundheit.

Und längst werden Städte wieder für das Gehen, das Flanieren und Verweilen gestaltet. Einflussreicher Planer und Wegbereiter im wahrsten Sinne des Wortes ist dabei Jan Gehl, unser Bertha-und-Carl-Benz-Preisträger 2015 und einflussreicher Berater beschaulicher Kleinstädte wie Melbourne und New York. Ihm geht es zeitlebens um den menschlichen Maßstab und um eine Stadtplanung, die den zu Fuß gehenden Menschen zum Ausgangspunkt nimmt.

Dabei geht es gerade nicht um Fortbewegung, sondern um die Bewahrung der menschlichen Dimension und die zentrale Erkenntnis, dass die Attraktion in der Stadt die anderen Menschen sind. So wie das Kind seine Spielsachen ins Wohnzimmer oder die Küche bringe, weil da etwas los ist, wollten wir andere Menschen sehen. Plätze im Straßencafe werden nach zwei Kriterien besetzt: nach dem Sonnenstand und ob man das Treiben auf den Straßen verfolgen kann.

„Der Mensch ist der Menschen größte Freude“ heißt es im Havamal, einer über 1.000 Jahre alten isländischen Vers- und Liedsammlung.

Und noch einmal wird damit unterstrichen, wie sehr uns die Pandemie getroffen und von unseren Bedürfnissen abgeschnitten hat.

Dieses Sehen und Gesehen werden konstituiert Gesellschaft mit. Die Nachhaltigkeit des gesellschaftlichen Zusammenlebens, Sicherheit, Vertrauen, Demokratie und Redefreiheit sind Schlüsselfragen für unsere Zukunftsaussichten. Und sie alle sind untrennbar mit der Stadt als Ort der Begegnung verknüpft.

Ein wechselseitiges Beobachten, ein kurzes Gespräch in wechselseitigem Respekt, die Frage nach dem Weg oder mehr: Ein Gang durch die Stadt kann ein reiner Selbstzweck sein – oder schon ein Anfang für etwas Neues. Die Stadt zu erkunden, erlaubt uns, neu über sie nachzudenken, und an ihr teilzuhaben, selbst wenn man uns erzählt oder wir das Gefühl vermittelt bekommen, dass wir es nicht mehr könnten. Sobald wir anfangen, die Stadt zu erforschen, realisieren wir, dass das gar nicht stimmt.

Gehen wir also raus, zeigen wir uns und nehmen wir andere wahr. Das ist ein guter Anfang und schon ein erster Beitrag, unsere Stadt positiv und nachhaltig zu verändern.

Ich freue mich, wenn wir uns in diesem Geist begegnen.